



# Arbeit im Kollektiv ...

● Ein weiteres Kernproblem der gemeinsamen Führungstätigkeit ist, restlose Klarheit bei jedem Sektionsmitglied über das politische Grundanliegen der Hochschulreform für unsere sozialistische Betriebswirtschaft zu schaffen. Das heißt, jedes Sektionsmitglied muß befähigt werden zu erkennen, daß die Entwicklung des ökonomischen Systems als Ganzes objektiv die Herausbildung der sozialistischen Betriebswirtschaft als integriertes Wissenschaftsgebiet erfordert.

● Ein nächstes Kernproblem der gemeinsamen Führungstätigkeit ist die Herausbildung einer echten sozialistischen Menschengemeinschaft in der Sektion. Das erfordert, bei jedem Mitglied der Sektion Klarheit zu schaffen über seinen Platz, seine Pflichten und Rechte. Jeder muß befähigt werden, in dem Kollektiv, in dem er wirksam wird, sich mit aller Konsequenz und seiner ganzen Persönlichkeit für die Aufgaben der Sektion einzusetzen. Das heißt also Aufbau eines sehr wirksamen Kooperationsystems zwischen den einzelnen Säulen unserer Sektion, eine inhaltliche und zeitliche Abstimmung über die zu lösenden Aufgaben für die Bildung und Erziehung, die Lehre und die Forschung.

● Zur Sicherung der im Modell konzipierten Ausbildungs- und Erziehungsziele ist es erforderlich, jedes Sektionsmitglied zu einer allseitig gebildeten, fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden sozialistischen Persönlichkeit zu entwickeln. Wie geht ihr an die Realisierung der im Modell enthaltenen Aufgaben heran?

Genosse Dr. Janke:  
Die notwendigen Maßnahmen sind

in einem Zeitplan bis zum 30. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik fixiert. Unmittelbar nach der Gründung der Sektion am 3. Juli wurden in Übereinstimmung mit der Fakultätsparteileitung vom Genossen kommissarischen Direktor Professor Hildebrand die entsprechenden Aufgaben formuliert. Das heißt, auch jetzt, während der „Sommerpause“, arbeiten die einzelnen Wissenschaftskollektive und Kommissionen an der Feinkonzipierung der Lehre, wird eine Konzeption für die Ausbildung und Erziehung erarbeitet und vom stellvertretenden Sektionsdirektor für Wissenschaftsentwicklung die ganze Problematik der Forschungstätigkeit der ehemaligen Fakultät unter dem Gesichtspunkt analysiert, zu gemeinsamen Forschungsschwerpunkten zu gelangen.

Unsere nächste Aufgabe ist die Sicherung des Anlaufes des ersten Studienjahres entsprechend den inhaltlichen Festlegungen im Modell, so daß die Studenten ab 1. September 1968 das Studium nach den Profilierungsgesichtspunkten im Modell aufnehmen können. Das stellt ganz besondere Anforderungen an die Genossen des Marxismus-Leninismus und der politischen Ökonomie. Und das stellt auch ganz besondere Anforderungen hinsichtlich des Systems der Ausbildung und Erziehung.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, in den Sommerferien beginnend, nach Beratung mit der Parteileitung, der Gewerkschaft und der FDJ durch den staatlichen Leiter, also den Direktor der Sektion, Kadergespräche zu führen über den endgültigen Einsatz jedes Angehörigen des Lehrkörpers,

des wissenschaftlichen Nachwuchses und aller anderen Mitarbeiter. Gleichzeitig sind Vorbereitungen zu treffen, um nach Rückkehr der Studenten die in den einzelnen Wissenschaftskollektiven bis dahin erzielten Ergebnisse der Feinkonzipierung der Lehrgebiete, so wie sie im Modell enthalten sind, mit ihnen zu diskutieren, zu verteidigen oder zu verändern.

Wie werden Fakultätsparteileitung und Leitung der Sektion zusammenarbeiten?

Genosse Dr. Janke:  
Die Sektionsleitung ist bereits gebildet. Allerdings sind die Genossen nur kommissarisch tätig, da der Rat der Sektion erst nach Rückkehr der Studenten zusammentreten kann, um die Mitglieder der Sektionsleitung festzulegen und den Rektor zur Bestätigung vorzuschlagen. Um eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei- und der Sektionsleitung zu garantieren, haben wir es für richtig gehalten, daß der Sekretär der Sektion gleichzeitig stellvertretender Sekretär der Sektionsparteileitung ist, daß Genossen des Lehrkörpers, die gleichzeitig Leitungsfunktionen innerhalb der Sektion ausüben, Mitglied der Sektionsparteileitung werden und daß auch Studenten, die Mitglieder der Sektionsparteileitung sind, in dem Kommissionen der Sektionsleitung – Erziehung und Ausbildung und Wissenschaftsentwicklung – mitarbeiten.

Ergebnis sind daraus Veränderungen für die Struktur der Parteileitung?

Genosse Dr. Janke:  
Die endgültige Struktur der Parteileitung und demzufolge auch die Struktur der Sektionsparteileitung lie-

gen erst im Entwurf vor. Sie werden nach Rückkehr der Studenten zur Diskussion gestellt.

Wir wollen im Gegensatz zu bisher, wo die einzelnen Fachrichtungen der Fakultät für Ingenieurökonomie Abteilungsorganisationen waren, innerhalb der Sektion APOs nach den einzelnen Studienjahren aufbauen. Das heißt, daß jedes Studienjahr eine APO bilden wird. In diesen Abteilungsorganisationen werden gleichzeitig die Genossen des Lehrkörpers und des wissenschaftlichen Nachwuchses Mitglied sein, die in den einzelnen Seminargruppen Betreuungsfunktionen ausüben. Alle anderen Genossen des Lehrkörpers und des wissenschaftlichen Nachwuchses, die nicht als Betreuer eingesetzt sind, werden zu einer APO Lehrkörper zusammengeschlossen. Wir sind der Meinung, daß die Parteiarbeit damit besser geführt und die ideologischen Probleme, die ja in den Studienjahren unterschiedlich sind, in den APOs geklärt und in der Sektionsparteileitung spezielle Aufgaben der gesamten Sektion, grundsätzliche Probleme behandelt werden können.

Der Aufbau einer APO Lehrkörper ist auch vorteilhaft, da ja die Sektion ein einheitliches Ziel verfolgt, sozialistische Betriebswirtschaftler auszubilden und deshalb auch zu bestimmten Forschungsschwerpunkten einheitliche Festlegungen treffen muß. Innerhalb dieser APO kann eine bessere Klärung der politisch-ideologischen Probleme erfolgen, als das bisher der Fall war.

Redaktion:  
Wir danken für das Interview und wünschen erfolgreiche Arbeit.

## KPdSU-Delegation besuchte Industrie-Institut unserer TU

Vor kurzem wollte auf Einladung der Bezirksleitung der SED eine aus fünf Mitgliedern bestehende Delegation des Gebietskomitees Leningrad der KPdSU in Dresden. Die Delegation, geleitet von Genossen Sawaruchin, Sekretär des Leningrader Stadtkomitees der KPdSU, tauschte während ihres mehrtägigen Aufenthaltes im Bezirk Erfahrungen über die Parteiarbeit aus. Die Delegation besuchte auch in Begleitung des Sekretärs der SED-Bezirksleitung Genossen Oswin Forster das Industrieinstitut unserer TU. Nach herzlicher Begrüßung durch den 2. Sekretär der SED-Kreisleitung der TU, Genossen Siegfried Held, hörten und diskutierten die Gäste aus Leningrad interessiert die Ausführungen der Genossen Dr. Friedrich vom Industrieinstitut und Professor Weidauer vom Institut für sozialistische Wirtschaftsführung. Besonders Interesse fanden Fragen der Ausbildung an beiden Instituten, der Kadrentwicklung und der Arbeit der Kreisparteiorganisation. Zum Abschluß überreichte der Leiter der Delegation, Genosse Sawaruchin, Genossen Siegfried Held ein Freundschaftsgeschenk (Foto). Links Genosse Professor Weidauer.

Foto: Höhne/Pohl

Fortsetzung von Seite 1

## Einheit - oberstes Gebot

Die Parteigruppe Ingenieurpädagogik begrüßt den Brief der fünf Parteien an das Zentralkomitee der KPC. Er dient unserer Erachtens dazu, die Einheit des sozialistischen Lagers zu erhalten und die Verteidigungskraft der Warschauer Paktstaaten als einen für den Frieden bedeutsamen Faktor zu stärken. Von den Genossen in der CSSR erwarten wir, daß sie den Leninischen Prinzipien treu bleiben und den Kräften des westdeutschen Imperialismus den Zugang in die CSSR versperren.

Parteigruppe Ingenieurpädagogik

Ich finde, daß es gut ist, daß die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder gemeinsam der KPC ihre Hilfe anbieten, um die Schwierigkeiten in der CSSR zu beseitigen... Gegen die antikommunistische Reaktion, die in der CSSR teilweise schon Fuß gefaßt hat, muß unbedingt angeknüpft werden. Die Führung der KPC... muß der Heize, die größtenteils von der Bundesrepublik ausgeht, entgegenwirken... Ich bin überzeugt, daß die KPC die Hilfe der kommunistischen Parteien annimmt.

Gabriele Ulbrich, Studentin

... Der gemeinsame Brief der kommunistischen und Arbeiterparteien an die KPC... ist eine Hilfe, aber auch zugleich eine ernste Mahnung für die Genossen der KPC. Der Brief, der an das ZK der KPC gerichtet ist, kann somit

nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates angesehen werden, was auch in ihm ausdrücklich betont wird. Die Genossen der Bruderländer können der augenblicklichen Entwicklung in der CSSR nicht tatenlos zusehen...

Dipl.-Ing. Kurt Steudner, wissenschaftlicher Mitarbeiter Sektion Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen

Der gemeinsame Brief der fünf Parteien findet meine volle Zustimmung. Gerade von einem längeren Kurzaufenthalt in der CSSR zurückgekehrt, kann ich die ernste Besorgnis über die Entwicklung in diesem Land, die aus dem Brief spricht, vollstens verstehen... In der Zeit, in der der Friede der Welt durch ständige Aggression der Imperialisten bedroht wird, ist die Einheit des sozialistischen Weltlagers oberstes Gebot. Von unseren kommunistischen Genossen in der CSSR muß man daher fordern, daß sie, eingedenk ihrer mit den sozialistischen Staaten abgeschlossenen Verträge und Verpflichtungen und ihrer Verantwortung gegenüber der internationalen Arbeiterklasse, endlich die Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Reaktion in den Block der sozialistischen Staaten eine Bresche schlägt.

Professor Dipl.-Ing. Drees, Industrie-Institut

# Aus dem Leben unserer Partei



# Der Trick mit der westdeutschen Hochschulreform

Am Ostersonntag konstituierte sich im Auditorium maximum der Westberliner Technischen Universität ein „Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten“. Die Gründung dieses antifaschistischen Einheitsfrontkomitees stellt den bisherigen Höhepunkt der Aktionen demokratischer Kräfte unter den Studenten und Arbeitern in Westdeutschland und Westberlin dar. Damit ist ihr Kampf gegen Renazifizierung, Notstandsdictatur und Meinungsmanipulation durch das Springerische Presse-monopol, für Demokratie in Politik, Wirtschaft und im Hochschulwesen in eine neue Etappe eingetreten.

EINE GANZE HISTORISCHE EPOCHE VORAUSS

In unserer Republik diente die erste Hochschulreform nach 1945 dazu, die Universitäten vom faschistischen Ungeheuer zu säubern, das bürgerliche Bildungsprivileg zu brechen und neue, fortschrittliche Bildungsinhalte und demokratische Erziehungsziele konsequent durchzusetzen. Solche Maßnahmen, die zu einer tiefgreifenden Wandlung des Hochschulwesens führen, stehen in Westdeutschland noch immer aus, lassen sich aber auch dort auf die Dauer nicht verhindern.

Inzwischen haben wir mit der Verwirklichung der sozialistischen Hochschulreform begonnen. Unserem sozialistischen Hochschulwesen gegenüber sind die westdeutschen Universitäten und Hochschulen um mindestens eine ganze historische Epoche zurückgeblieben. Das wird besonders deutlich an den reaktionären Funktionen,

die ihnen im Rahmen des staatsmonopolistischen Machtmechanismus zudiktieren und oktroyiert werden.

MONOPOLISTISCHE PROFITMAXIMIERUNG

Forschung, Lehre und Erziehung werden in erster Linie dem Wollgeiz des Kapitalismus, der unersättlichen Gier nach Profit, dem Drang nach wachsender ökonomischer und politischer Macht der einflussreichsten Monopolgruppen untergeordnet. Sie sind deshalb zwangsläufig auf engste verbunden mit dem fest in die amerikanische Globalstrategie eingegliederten Rüstungs- und Kriegskomplex des westdeutschen Imperialismus.

Wie der Forschungsbericht II des Bonner Bundestages vom vergangenen Jahr erkennen läßt, dienen Wissenschaft und Forschung in Westdeutschland vorrangig der aggressiven Bonner Expansionspolitik. 87 Prozent aller von der Regierung zur Verfügung gestellten Forschungsmittel werden für vier Schwerpunktprogramme ausgegeben: 24 Prozent der Mittel sind für die Kernforschung bestimmt, 28 Prozent für die Weiterentwicklung konventioneller Waffen und 8 Prozent für die Weltraumforschung, wobei die Mittel für den letztgenannten Zweck in allernächster Zeit beträchtlich ansteigen. Somit kommen 60 Prozent der Forschungsausgaben direkt für die Rüstung zum Einsatz.

Darüber hinaus dient die allgemeine Wissenschaftsförderung im vierten Schwerpunkt – mit ihrer Unterstützung der vorgenannten Programme und der, 1967 begonnenen staatlichen Forschungsförderung für die elektronische Datenverarbeitung – zumindest indirekt ebenfalls den politischen, öko-

nomischen und militärischen Aggressionsgelüsten der westdeutschen Monopole. In dieser engen und keines weiteren Kommentars bedürftigen Begrenzung wird die Entwicklung der Produktivkräfte vom staatsmonopolistischen Machtapparat in Westdeutschland „gefördert“.

WISSENSCHAFTSFEINDLICHE APOLOGIK

Teile des Lehrkörpers an Universitäten und Hochschulen werden zur Erarbeitung und Verbreitung der imperialistischen Ideologie – insbesondere des staatsdoktrinären Antikommunismus, der Alleinvertragsanmaßung und Revanchehetze – zu mißbrauchen versucht. Sie wirken mit als Manipulatoren einer verfehlten staatsmonopolistischen Innen- und Außenpolitik. Allein etwa 100 wissenschaftliche Einrichtungen befassen sich speziell mit dem Antikommunismus.

Eine Reihe reaktionärer westdeutscher Professoren gibt sich dazu her, als Apologeten des Imperialismus aufzutreten und die von den Kainmalen ihres Unterganges bereits gekennzeichnete Gesellschaft zu verteidigen. So geschah es auf den fünf Notstandshörsalgen, obwohl die Professoren Ridder und Abendroth die Gesamtkonzeption der Bonner Notstandsdictatur mutig ablehnten.

Die Vorbereitungen für den Übergang vom Verhältniswahlrecht zum Mehrheitswahlrecht wurden ebenfalls durch ein professorales Gutachten aktiv unterstützt.

Gegenüber den Studenten besteht die hochschulpolitische Konzeption des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems darin, ideologisch ausgerichtet und für die Interessen der herrschenden Klasse entsprechend for-

mierte, willfährige, staatsreue Untertanen heranzubilden. Zur Lösung dieser Aufgabe muß die in der Vergangenheit hingenommene und sogar im Grundgesetz ausdrücklich garantiert gewesene Kultur- und Bildungshoheit der zehn Bundesländer – abgesehen von ihrem weiteren finanziellen Engagement – radikal beseitigt werden, um die Universitäten und Hochschulen fortan unbehindert der direkten staatlichen Zentralgewalt zu unterwerfen. Deshalb reagierten die Notstandseinpfeiler in Bonn mit so überaus brutaler Gewalt auf die in den letzten Monaten wesentlich massiver erhobenen Forderungen progressiver Kräfte des Lehrkörpers und der Studenten nach einer echten Demokratisierung des westdeutschen Hochschulwesens.

Infolge der – vor allem im Vergleich zu den Ergebnissen unserer sozialistischen Hochschulpolitik – sich von Tag zu Tag deutlicher offenbarenden entscheidenden Mängel des westdeutschen Hochschulwesens sehen sich die herrschenden Kreise in Westdeutschland bereits seit einiger Zeit genötigt, von einer „Hochschulreform“ zu orakeln. Das Ende 1967 verkündete hochschulpolitische Programm ist jedoch weit davon entfernt, endlich eine Demokratisierung des Hochschulwesens zu gewährleisten.

VON DEMOKRATISIERUNG DES HOCHSCHULWESENS WEIT ENTFERNT

Nach wie vor wird das Bildungsprivileg nicht angetastet, und die Studienförderung durch staatliche Subventionen bleibt weiterhin absolut unzulänglich. Somit bestehen keinerlei Voraussetzungen, um den jetzigen Anteil von zehn Prozent Arbeiterkindern

unter den Abiturienten und weniger als sechs Prozent unter den Studenten in Zukunft zu erhöhen, während die Beamten und Akademiker mit ihrem fünf- bzw. zweiprozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung für ihre Kinder der Studienplätze mit Beschlag belegen. Der Mangel an Studienplätzen wird nur viel zu langsam und der Lehrermangel in absehbarer Zeit überhaupt nicht überwunden.

Auch die konfessionellen Zwergschulen bleiben erhalten. Sie stellen ein ernsthaftes Hindernis für die Verbesserung der Bildungssituation in Westdeutschland dar.

Andererseits sind immerhin zwölf Prozent der italienischen Studenten und damit ein doppelt so hoher Prozentsatz wie in Westdeutschland Kinder von Industrie- und Landarbeitern, Großbritanniern, Frankreich und die skandinavischen Länder haben mehr für ihr Bildungswesen getan als Westdeutschland. Die Rückständigkeit des westdeutschen Hochschulwesens ist es beträchtlich, daß es heute in Europa mit dem Griechenlands, Portugals und Spaniens auf eine Stufe gestellt werden muß.

Was die Bonner Politiker als „Hochschulreform“ deklarieren, soll keinesfalls diesen unhaltbar gewordenen Zustand überwinden, sondern ist im Gegenteil dazu bestimmt, das westdeutsche Hochschulwesen noch fester in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu integrieren, um auch an den Universitäten und Hochschulen ungehindert den Notstand praktizieren zu können. Für die Durchsetzung ihrer volks- und bildungsfeindlichen Ziele scheuen die Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts vor keinem Mittel zurück, was der von ihnen mit Hilfe kaltblütiger Mordschützen vom Schlage

eines Currae oder Bachmann inszenierte faschistische Terror einmal mehr bewiesen hat.

DER WIDERSTAND WÄCHST

Viele Studenten halten es heute für dringend geboten, sich klar und bewußt politisch zu engagieren. Ihr energischer Protest richtet sich gegen die Fortsetzung und Eskalation der verbrecherischen USA-Aggression in Vietnam. Eindringlich warnen sie vor den Gefahren der Notstandsgesetze, der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der berechneten Alleinvertragsanmaßung als potentieller Kriegserklärung gegen die DDR und die Länder des Warschauer Vertrages.

Was jedoch besonders wichtig ist: Die demokratischen Kräfte der Studentenschaft verbünden sich immer häufiger mit fortschrittlichen Gewerkschaftsfunktionären, Arbeitern und Studenten schiedenen gemeinsamen Losungen vor. Ihre Forderungen erstrecken sich weit über den unmittelbaren Bereich des Hochschulwesens hinaus. Sie schließen eine definitive Einflußnahme auf die Entwicklung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein. Darin widerspiegelt sich die reale Erkenntnis, daß es einzig und allein auf dem Wege der Aktionseinheit und unter Führung des revolutionären Proletariats möglich ist, die gefährliche Macht der Monopole allmählich zurückzudrängen. Nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden demokratischen Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland, entstehen die Voraussetzungen für die Verwirklichung der seit langem fälligen demokratischen Hochschulreform!

Dr. G. Stenzel  
(Aus „Humboldt-Universität“)